

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker
Lobeck's per Tafel 50 Pf.
 Fondant-Chocolade
 Rahm-Chocolade
 Bitter-Chocolade
 Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
 Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.
 Marke: Dreiring

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Anzeigen-Zeit.
 Einmalige Anzeigen von 10 bis 12 Uhr.
 Täglich von 10 bis 12 Uhr.
 Familien-Richtlinien
 Dresden 25 Pf.;
 die übrigen Preise
 auf Anfrage 70 Pf., die
 gewöhnliche Preismenge
 1.50 M. In
 Nummern nach Sonn-
 und Feiertagen die
 einjährige Grundgebühr
 30 Pf., Familien-
 Rabatte aus Zinsen
 bei 30 Pf. - Zusätzliche
 Auflagen nur gegen
 Vorauszahlung. -
 Jedes Preisblatt kostet
 20 Pf.

Berg- und Gegend
 Die bei den
 Dresden u. Umgebung
 am Tage vorher
 gehaltenen
 erhalten die
 der Berg- und
 Gegend
 der Berg- und
 Gegend
 der Berg- und
 Gegend

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Was brauche ich aus der Apotheke für meine Reise?
 Löwen-Apotheke, Dresden-A., Altmarkt.

Photo-Apparate
 in allen Preislagen.
 Ausführlicher Einzelunterricht kostenlos.
 Carl Plaul, Wallstraße 25.

Sommerhüte
 in Strohh und Filz empfiehlt
Buchholz
 nur Wettinerstr. 21

Vernickeln, Versilbern, Vergolden, Vermessingen, Verkupfern etc. aller Metallgegenstände
 Dresdner Vernickelungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse No. 1-3, Hofgebäude. — Telephone No. 7359.

Für eilige Leser.

Nutzmäßige Bitteruna: Seiter, Heiß.
 Am 7. August trifft der National-Deutsch-Amerikanische Lehrerbund in Dresden ein.
 Ein Gesetzentwurf über eine Vermögenssteuer wird dem Reichstag voraussichtlich erst im März 1913 ausgehen.
 Ueber die Arbeiten der Strafrechtskommission erfolgte wieder eine längere Mitteilung.
 Infolge des Generalstreiks in Zürich kam es mehrfach zu Ausschreitungen.
 In gewissen diplomatischen Kreisen hält man den Ausbruch allgemeiner großer Unruhen in der Türkei für bevorstehend.
 In Konstantinopel tritt die Cholera wieder mit ziemlicher Heftigkeit auf.
 In der Republik San Domingo, deren Bevölkerung aus Mulatten besteht, ist eine Revolution ausgebrochen.

Die französische Wahlreform

ist nach monatelangen, mit der erbittertesten Parteileidenschaft geführten Verhandlungen in der Kammer angenommen worden. Das ist ein politischer Vorgang, der auch außerhalb Frankreichs eingehender gewürdigt zu werden verdient, und zwar aus doppeltem Grunde: einmal wegen der technischen Eigenart des neuen Wahlverfahrens selbst, und zum anderen wegen der parteipolitischen Bedeutung, die dem Ereignis zukommt, und die in der Möglichkeit liegt, daß hier der Ausgangspunkt einer neuen, für die Verbesserung der herrschenden parlamentarischen Mißstände förderlichen Entwicklung liegen könnte.

Das bestehende allgemeine Wahlrecht hat eine derartige parlamentarische Korruption gezehlet, daß die dritte Republik schon nahe bis an den Rand des Abgrundes, bis an ein inneres Tabu geföhrt worden ist, das schließlich nur noch die Aussicht auf eine imperialistische oder royalistische Umwälzung oder auf eine kriegerische Ablenkung nach außen hin übrig lassen würde. Das Bewußtsein der Abgeordneten, daß sie Vertreter der gesamten Nation sind und als solche ihr Mandat ausüben haben, ist so gut wie ganz erloschen, die rücksichtslose Partei- und Claqueuwirtschaft führt das Zepher und persönliche und lokale Interessen werden auf Kosten des Allgemeinwohls mit Hilfe des Parlaments ganz ungeniert und offenkundig gefördert. Aus der Erkenntnis dieser schweren und gefährlichen Notlage des Staatsgedankens heraus bildete sich endlich unter den einsichtigeren Elementen eine Bewegung, die darauf abzielte, durch ein verbessertes Wahlverfahren der parlamentarischen Korruptionskrankheit einen Riegel vorzuschieben. Zu dem Zwecke entschied man sich für die Verhältniswahl oder, wie man in Süddeutschland sagt, den „Proporz“, in Verbindung mit dem sogenannten Listenfratium. Die Regierung des Herrn Poincaré nahm sich der Sache ernstlich an und legte der Kammer einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, der aber durch die radikale Partei und ihren sozialistischen Anhang in der Absicht, diese Elemente möglichst gute Wahlansichten zu sichern, derartig verhandelt wurde, daß das Ministerium schließlich sich zu der Erklärung genötigt sah, das Ganze sei praktisch völlig unbrauchbar und die Regierung könne deshalb nicht mehr mitmachen. Mit der Zurückziehung des durch die Kammer „verschlimmerten“ Entwurfes hatte es aber nicht sein Bewenden, sondern Herr Poincaré legte noch kurzer Frist einen neuen Entwurf vor, bei dessen Beratung die nunmehr gewählte Mehrheit die radikalen Vorzüge zurückwies, so daß das Werk bis zu Ende in annehmbarer Form durchgeführt werden konnte. Darnach wird künftig bei der Bestimmung des Wahlergebnisses der sogenannte Wahlquotient eine führende Rolle spielen. Die Wahlkommission bestimmt den Wahlquotienten, indem sie die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen durch die Zahl der im Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten, die das Gesetz festsetzt, dividiert. Auf dieser Anwendung des Wahlquotienten beruht das Wesen der Verhältnisvertretung bezw. der Vertretung der Minderheiten, die durch ihn sicher sind, an der Vergebung der Mandate beteiligt zu werden, wenn nur die Zahl ihrer Stimmen zum mindesten den Wahlquotienten erreicht. Hat z. B. ein Wahlkreis vier Abgeordnete zu wählen und stehen sich in diesem Wahl-

kreis zwei Listen gegenüber, beispielsweise eine republikanische mit 45 000 und eine clerikale mit 15 000 Stimmen, so ist der Wahlquotient 60 000 : 4 = 15 000. Da nun dieser Wahlquotient die Einheit für die Verteilung der Mandate nach der Verhältnisvertretung bildet, so entfallen auf die republikanische Liste drei Sitze, auf die clerikale ein Sitz; von den Kandidaten der einzelnen Listen werden diejenigen berücksichtigt, welche die relativ größten Mehrheiten auf sich vereinigen. Geht der Wahlquotient in den Dividenden nicht auf, sondern bleibt für jede Liste größere oder geringere Reste von Stimmen übrig, so ist ein besonderes, ziemlich verwickeltes Rechenverfahren erforderlich, das nach langwierigen Verhandlungen durch ein Kompromiß zwischen der Regierung und der Kammer festgesetzt worden ist.

Die Mehrheit, die Herr Poincaré in der Kammer bei der Verabschiedung des Entwurfs zur Seite gestanden hat, bestand der Hauptsache nach aus Royalisten, Nationalisten und Rechtsrepublikanern, denen sich vereinzelte Linksrepublikaner und Sozialisten angeschlossen. In diesem Zusammenhänge des gemäßigten Republikanismus mit der Mehrheit tritt das bedeutsame parteipolitische Moment der Annahme der Wahlreform in die Erscheinung. Seit 10 Jahren hat in der dritten Republik der radikale Parteiführer zum schwersten Schaden der allgemeinen Wohlfahrt nahezu unumschränkt geherrscht. Vergeblich waren alle Versuche einzelner Regierungen, die drückende radikale Fessel von sich abzuhaken und damit zugleich von dem Eigengewicht der sozialistischen Beeinflussung befreit zu werden. Jetzt endlich, nachdem schon alle Hoffnung geschwunden schien, daß der große Wurf einem französischen Staatsmanne gelingen werde, hat Herr Poincaré sich den Würfel rollen lassen und das Glück für sich gehabt. Der gegenwärtige Ministerpräsident hat es „gewagt“, den Radikalismus bei der Erledigung der Wahlreform auszuschalten, ihn als quantitativ neblige, als politische Null, zu behandeln und sich auf die gemäßigten Republikaner zu stützen. Das ist in den Augen des französischen Radikalismus schlimmer als ein Raubverbrechen in einem absolutistischen Staate. Wie eine entsetzliche Meute stürzt sich nun der ganze Schwarm der Radikalen auf den Verweigerer, der es verschmäht hat, sich unter das sandinische radikale Joch zu beugen, und der fastblütig mit gezücktem Schwerte gegen die im Besitze der Alleinherrschaft sich gesichert wählenden Terroristen der extremen Linken auf den Plan getreten ist. Die radikale Partei als solche hat den Versuch mit der Regierung offen proklamiert und will nunmehr im Senat noch einmal ihren ganzen Heerhaufen aufstellen, um die Wahlreformvorlage zu Fall zu bringen. Die Führung in diesem Kampfe hat der alte radikale Klopfflechter Clémenceau übernommen, der eine „Studienkommission“ gebildet hat, die angeblich die ganze Wahlrechtsfrage nochmals gründlich durchforschen soll, die aber in Wahrheit lediglich dazu bestimmt ist, den Krieg bis aufs Messer gegen das Ministerium Poincaré ins Werk zu setzen. Die Radikalen haben augenscheinlich die Absicht, die in der Kammer von Poincaré niedergeworfene Obstruktion gegen den Wahlreformentwurf im Senat aufs neue zu entfachen, um dann nach der Ablehnung der Vorlage die Regierung zum Rücktritt zu nötigen und ein neues Kabinett von „zuverlässigen“ radikalen Ministern ans Ruder zu bringen. Der Ministerpräsident hat sofort den radikalen Fehdehandschuh aufgenommen und erklärt, daß er die Reform mit größter Besonnenheit im Senat zur Abstimmung bringen lassen werde, um die Entscheidung möglichst rasch herbeizuföhren. Er ist entschlossen, aus diesem Anlaß die Vertrauensfrage zu stellen, und denkt nicht daran, sich mit einer im radikalen Sinne verhängten Vorlage zu begnügen.

Es läßt sich nicht verkennen, daß der Ausgang dieses radikalen Sturmlaufes gegen das Kabinett Poincaré von erheblicher Tragweite für die innere französische Politik zu werden verspricht. Siegt Clémenceau mit seinem Anhang, so wird das alte parlamentarische Elend bestehen bleiben, und Radikale und Sozialisten werden nach wie vor miteinander wetteifern, um den französischen Staat in Grund und Boden hinein zu zerlegen, bis der „große Krach“ kommt, so oder so. Dringt dagegen Herr Poincaré gemäßigter Politik auch im Senate durch, so darf die Niederlage des Radikalismus als vollständig angesehen werden, und es dürfte ihm dann schwer werden, sich von diesem Schlage wieder zu erholen. Es wäre der Anfang vom Ende der radikalen Parteivorherrschaft im öffentlichen Leben der dritten Republik,

und damit eröffneten sich begründete Aussichten auf eine tiefgreifende Besserung der gesamten innerpolitischen Entwicklung Frankreichs im Sinne der Wiederherstellung des bereits so schwer geschädigten Autoritätsprinzips. Gelingt es Herrn Poincaré, den radikalen Sturm im Senate ebenso zu beschwächen, wie er der Radikalen in der Kammer Herr geworden ist, so wird er mit seiner Wahlreform aller Voraussicht nach ein gutes Teil zur Befriedung des ganzen Parlamentarismus in Frankreich beitragen, und sein Name wird in der französischen Geschichte der neuesten Zeit mit Ehren neben Waldeck-Rousseau genannt werden, der als letzter seit einem Jahrzehnt mit Erfolg die Aufgabe übernahm, in der dritten Republik eine gemäßigte Regierung zu verwirklichen.

Drahtmeldungen

Die Nordlandreise des Kaisers.
 Bergen. Der Kaiser machte heute vormittag bei warmem Wetter einen Spaziergang, begab sich abendans auf den Kreuzer „Breslau“ und war beim deutschen Monarchen mit einigen Herren des Gefolges zum Frühstück. Die „Hohenrollern“ nahm Kohlen ein.

Zur Beseitigung des Güterwagenmangels.
 Berlin. (Priv.-Tel.) Offiziell ergeht folgende Mahnung: Andauernd ist der Güterverkehr auf der Eisenbahn sehr lebhaft. Die Ernteaussichten sind bisher gut. Die Wirtschaftslage erscheint anhaltend günstig. Es steht daher zu erwarten, daß der kommende Herbst und besonders die Monate Oktober und November wieder große Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen stellen werden. Die Eisenbahnverwaltungen treffen daher schon jetzt alle Vorbereitungen, die eine möglichst glatte Abwicklung des zu erwartenden starken Verkehrs gewährleisten. Zur Bewältigung des Verkehrs ist es aber ferner dringend erwünscht, daß die Behördungen der Eisenbahnverwaltungen von den Verkehrstreibenden unterstützt werden. Zur Milderung der Behördenschwierigkeiten im Herbst würde es einmal erheblich beitragen, wenn der Bezug der Massengüter, besonders der Düngemittel und Kohlen, auf einen längeren Zeitraum verteilt und tunlichst schon jetzt abgewickelt würde. Ferner würde durch eine volle Ausnutzung des Ladegewichts der Güterwagen die Bedarfszahl nicht unbedeutend eingeschränkt werden können. Besonders würde auch eine möglichst schnelle Beladung und Entladung der Güterwagen den Wagenlauf verbessern. Alle Verkehrstreibenden werden daher dringend ermahnt, zum eigenen Vorteil und zum Vorteil der Gesamtheit entsprechend zu verfahren.

Neues Flottensignalfach.
 Berlin. (Priv.-Tel.) Nachdem kürzlich ein Signalmaat vom Reichsgericht wegen Verstoßes, Abschriften aus dem Signalfach der Flotte an eine fremde Macht zu verkaufen, zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden ist und mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß eine fremde Macht Kenntnis von einem Teil der deutschen Flottensignale besitzt, soll das Signalfach nunmehr einer neuen Bearbeitung unterzogen werden.

Reides Schlußwort im dem Streite mit der Sezession.
 Berlin. (Priv.-Tel.) Mit Bezug auf die heute veröffentlichte Erklärung Max Liebermanns erhält die „Volksztg.“ von Bürgermeister Dr. Reide folgende Zuschrift: Nichts kann mir im eigenen und im öffentlichen Interesse der Stadt erwünschter sein, als daß Max Liebermann die freundschaftliche Rechte entgegenbringt. Mit Freude nehme ich sie an. Lebten wir in homörischen Zeiten, so würden wir jetzt die besten Stücke unserer geistlichen Bewahrung austauschen müssen, aber mich richtig deutsch auszudrücken, ist vielleicht eine meiner Pflichten. Der Herr Bürgermeister nimmt alles zurück, was er nicht acaat hat — quillere ich als einen wohlwollenden Zehrer. Aber gegen den Schlußsatz „Wir armen Sterblichen mühten uns an seine Worte halten, bis er sie dementiert hatte“, muß ich Widerspruch erheben. Der Satz mühte eher heißen: „Wir armen Sterblichen mühten uns an die Worte der Sezession halten, bis Dr. Reide sie dementiert hatte“, denn zu dementieren habe ich von meinen Worten nichts gehabt, nur richtig zu stellen, was andere irrtümlich mir nachgesagt hatten. Indessen das scheint mir ja actingen und darüber freue ich mich sehr, auch im Namen der Sezession.

Großfeuer.
 Guben. Die der Firma Müller & Dörfling gehörige Deckenfabrik mit Spinneret ist heute nachmittags niedergebrannt.

Worms. In der Grobkühle von Paruf Schußfeld, deren Gebäude am Rhein gelegen sind, kam heute mittag Großfeuer aus, von dem infolge des herrschenden Windes alle Häuser ergriffen wurden. Das ganze Anwesen scheint verloren zu sein. Die Ursache des Brandes ist wahrscheinlich Selbstentzündung.